

II-4314 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode

Nr. 2131/J

1986-06-10

A n f r a g e

der Abgeordneten Kraft  
und Kollegen  
an den Bundesminister für Justiz  
betreffend die Personalsituation im Bereich der Justiz-  
wache

Die Mitglieder der erweiterten Bundessektion der Justizwache in der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst haben am 3. April 1986 einstimmig eine Resolution beschlossen, in welcher mit großer Besorgnis festgestellt wird, daß der vom Bundesministerium für Justiz für das Budgetjahr 1987 bereits entworfene Stellenplan für den Bereich des Strafvollzuges keine zusätzlichen Planstellen für die Justizwache vorsieht. Darüberhinaus seien aber auch die für das Jahr 1986 mit Ministerratsbeschluß für die Reduzierung der im Strafvollzugsbereich anfallenden Überstunden außerhalb des Stellenplanes genehmigten 50 Vertragsbediensteten - Planstellen nicht mehr vorgesehen. In der Resolution wird besonders darauf hingewiesen, daß im Hinblick auf die durch die Inbetriebnahme neu errichteter Einrichtungen angespannte Personalsituation die Befürchtung bestehe, daß die Justizwache ihrer abseits von der Öffentlichkeit zu verrichtenden Aufgabe im Dienste Straffälliger wie auch der öffentlichen Sicherheit nicht nachkommen könne.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher an den Bundesminister für Justiz folgende

A n f r a g e :

- 1) Werden Sie sich dafür einsetzen, daß auf die gesteigerten Anforderungen an die Bediensteten der Justizwache im

- 2 -

Rahmen des Stellenplanes des Bundeshaushaltes 1987 entsprechend Bedacht genommen wird?

- 2) Beabsichtigten Sie allenfalls, dem Ministerrat vorzuschlagen, auch für 1987 zusätzliche Vertragsbediensteten-Planstellen zu genehmigen? Wenn ja - in welchem Ausmaß?
- 3) Wie hat sich die Überstundensituation der Bediensteten der Justizwache durch Einstellung von 50 Vertragsbediensteten für das Jahr 1986 im Vergleich zur Situation 1985 verändert?
- 4) Welche Justizanstalten wurden im Jahr 1986 ihrer Bestimmung übergeben und welche personellen Vorsorgen haben Sie hierfür getroffen?
- 5) Welche Justizanstalten werden im Jahr 1987 ihrer Bestimmung übergeben werden und welche Maßnahmen beabsichtigen Sie im Hinblick auf den dadurch allenfalls entstehenden gesteigerten Personalbedarf?